



Tagesordnung II Punkt 161 der öffentlichen Sitzung am 16. Dezember 2021

Vorlagen-Nr. 21-V-53-0011

Initiierung eines Modellprojekts im Rhein-Main-Gebiet zur Legalisierung von Cannabis

Beschluss Nr. 0700

I.

1. Es wird beschlossen, dass

1.1. Dez. II/53 die Initiative zur Einrichtung eines städteübergreifendes Modellprojekts zur regulierten Abgabe von Cannabis an Volljährige in der Rhein-Main-Region ergreift;

1.2 *geändert*  
*zum Stellenplan 2022/2023 eine Stabstelle im Gesundheitsamt mit zwei Vollzeitplanstellen im Stellenwert E14 und E 13 geschaffen wird. Die Stellenwerte sind vor einer Ausschreibung mit Dezernat I/15 durch Vorlage einer Stellenbeschreibung abzustimmen. Die Stellen können nach Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung und vorab der Genehmigung zum Stellenplan 2022/2023 überplanmäßig zum 1. Januar 2022 besetzt werden. Voraussetzung ist, dass eine positive Entscheidung in den Haushaltsberatungen 2022/2023 zur Einführung des städteübergreifenden Modellprojekts zur Abgabe von Cannabis an Volljährige erfolgt.*

1.3 *geändert*  
*bei positiver Entscheidung in den Haushaltsberatungen 2022/2023 im Rahmen der neuen Regelungen zur Steuerung der Personalkosten ab 2018 ff. das Personalkontingent (Basiswert) des Stammpersonals von Dezernat II/53 ab Januar 2022 um zwei VZÄ zu erhöhen ist.*

1.4 *geändert*  
*über die Zusetzung des Budgets für Dezernat II/53 bezüglich Personal- und Sachkosten i. H. v. 269.340 € p. a. in den Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2022/2023 entschieden wird.*

II.

- 1) Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass die neue Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag die kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene beabsichtigt.
- 2) Der Magistrat wird gebeten, die Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung Beschlusses Nr. 0108 vom 21. September 2021 bezüglich der Durchführung eines Modellversuches in Wiesbaden um ein Jahr zurückzustellen. Der entsprechende Beschluss ist sodann erneut dem Ausschuss für Wirtschaft, Digitalisierung und Gesundheit vorzulegen.

- 3) Der Magistrat wird gebeten, das Thema Prävention in Bezug auf Cannabis-Konsum weiter auszuarbeiten und flankierend zu einer Legalisierung der Abgabe an Personen über 18 Jahre umzusetzen.

(Ziffer I antragsgemäß Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen 16.12.2021 BP 0648  
Ziffer II ergänzt durch den Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen 16.12.2021 gemäß Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 08.12.2021 BP 0649)

Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, 17.12.2021  
im Auftrag

Dr. Heimlich

Der Magistrat  
-16 -

Wiesbaden, 17.12.2021  
im Auftrag

Dezernat II  
Dezernat I/15  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dezernat III  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Bock